

## **ASG wählt Boris Velter zum Bundesvorsitzenden**

*Velter: „Armut darf nicht zu Krankheit führen“*

Gelsenkirchen, 11. März 2017

Die ASG-Bundeskonferenz hat Boris Velter mit großer Mehrheit für die nächsten zwei Jahre an ihre Spitze gewählt. Mit ihrem neuen Bundesvorsitzenden will die ASG zum Impulsgeber in der Gesundheitspolitik werden. „Kein Politikfeld ist für mich so wichtig wie Gesundheit und Pflege. Fast jede\*r ist betroffen: als Patient\*in, Versicher-te\*r, Angehörige\*r oder als Beschäftigte\*r.“ Dieser Stellenwert müsse sich auch im politischen Handeln widerspiegeln.

Das wichtigste Ziel der kommenden Jahre ist für Velter eine sozial ausgerichtete Gesundheitspolitik. „Wir können es nicht hinnehmen, dass die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland vom Einkommen abhängt“, so Velter. Wichtigster Risikofaktor für Krankheit, Leiden und vorzeitigen Tod sei noch immer Armut. Ärmere Menschen seien häufiger, früher und länger chronisch krank. Gleichzeitig seien weder die Strukturen noch die Akteure des Gesundheitswesens auf die Bedarfe sozial benachteiligter Menschen ausgerichtet. Wer die Gesundheit wirtschaftlich Benachteiligter verbessern wolle, der müsse die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit abbauen: Verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen müssten das Ziel auf allen Feldern der Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, der Einkommens- und der Steuerpolitik sein. Im Bereich der Gesundheitspolitik hält für Velter besonders die Prävention zu den wichtigsten Aufgaben. Prävention und Gesundheitsförderung müssten als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe verstanden werden, Präventionsangebote müssten so ausgerichtet sein, dass sie sozial Benachteiligte auch tatsächlich erreichen. Die ASG fordere zudem ein Schwerpunktprogramm „Gesunde Städte“ analog dem Erfolgsmodell „Soziale Stadt“ für die Entwicklung von Modellprojekten. Damit könne die gesundheitliche Versorgung in sozial benachteiligten Quartieren entwickelt und überprüft werden.

In der nächsten Legislaturperiode müssten erste Schritte zur Schaffung eines gerechteren Gesundheitssystems gegangen werden, das nicht mehr nach Status und Einkommen unterscheide. Dazu gehört nach Auffassung der ASG die Einführung der Bürgerversicherung, betonte Velter. Die paritätische Finanzierung der Versicherungsbeiträge müsse gewährleistet werden, damit die steigenden Kosten der Gesundheitsversorgung nicht allein von den Versicherten getragen werden müssen.

**Zur Person:**

**Boris Velter** ist seit über 20 Jahren beruflich in der Gesundheits- und Sozialpolitik tätig: Nach vielfältigen Stationen in der Wissenschaft (empirische Sozialforschung), Erwachsenenbildung, Deutschem Bundestag (Abgeordnetenbüro), AOK Bundesverband, Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Gesundheit (2006-2010) und Staatskanzlei Brandenburg (2010-2013) unterstützt er seit September 2013 die sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Berlin. Zunächst als Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und seit dem 9. Dezember 2016 als Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung.